


Das Konjunkturklima wird kühler

Konjunkturprognose. Der Schwung, mit dem sich die deutsche Wirtschaft in den vergangenen beiden Jahren aus der Krise gearbeitet hat, lässt deutlich nach. Im Jahr 2012 dürfte das Wirtschaftswachstum einen Dämpfer erhalten, so die Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). 

Trotz neuerlicher Krisenerscheinungen legt die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr mit 3 Prozent kräftig zu – ein Wert, der 2012 nicht zu halten sein wird (Tableau Seite 2):

Das reale Bruttoinlandsprodukt steigt 2012 lediglich um 1¼ Prozent.

Zwar lässt sich eine Rezession für Deutschland nicht ganz ausschließen, noch aber stehen die Zeichen nicht auf Sturm. Dafür sorgen allein schon aufstrebende Schwellenländer wie China, die weiterhin kräftig in Deutschland und der Welt einkaufen.

Und auch global dürfte die Wirtschaft trotz der angespannten Lage in Europa und den USA nicht schrumpfen.

Außenhandel

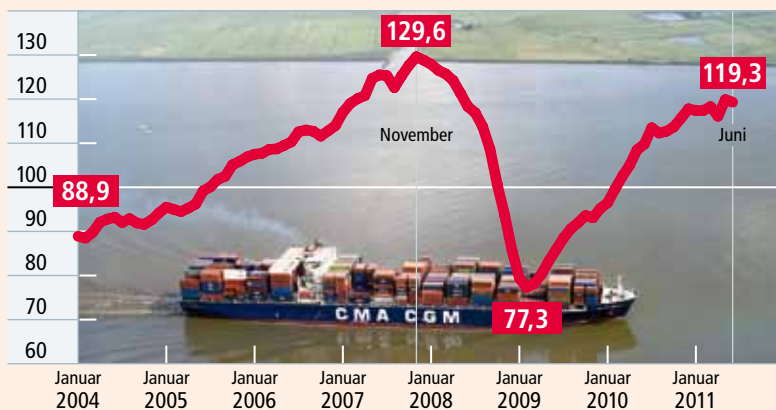
Nachdem der Außenhandel im ersten Halbjahr 2011 eine neue Rekordmarke erzielt hat, lässt der Schwung nun allmählich nach. Darauf deuten vor allem die lediglich konstanten Auftragseingänge der deutschen Industrie aus dem Ausland hin (Grafik).

Im Jahr 2012 wird der Export nur noch um 3 Prozent zulegen, nach mehr als 8 Prozent in diesem Jahr.

Die realen Importe steigen dieses Jahr um gut 7½ Prozent. Im kommenden Jahr wird das Plus zwar deutlich geringer ausfallen, aber dank der vergleichsweise guten Konsumkonjunktur immerhin noch gut 3 Prozent betragen. Da Ausfuhren und Einfuhren sich nahezu im Gleichschritt bewegen werden, befördert der Außenbeitrag das heimische Wirtschaftswachstum dann kaum noch. →

Industrie: Auslandskunden wieder zurückhaltender

Preis- und saisonbereinigte Aufträge, die im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland aus dem Ausland eingegangen sind; gleitender Dreimonatsdurchschnitt; 2005 = 100



Gleitender Dreimonatsdurchschnitt: Mittelwert aus dem jeweils genannten, dem vorherigen und dem folgenden Monat; Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 38

Inhalt

Erdöl: Das schwarze Gold sprudelt nicht ewig – wie die erdöl-exportierenden Länder suchen sich für das Post-Öl-Zeitalter wappnen.
Seite 3

Bachelor-Absolventen: Die Unternehmen sind mit den Fach- und Sozialkompetenzen der jungen Studienabsolventen weitestgehend zufrieden.
Seite 4-5

Entgeltfortzahlung: Auf rund 35 Milliarden Euro summierten sich 2010 die Kosten der Arbeitgeber für diesen Posten.
Seite 6

Ausländische Abschlüsse: Ein neues Internetportal soll bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen helfen.
Seite 7

Arbeitsmarkt: Statt in den vorgezogenen Ruhestand zu gehen, bleiben immer mehr ältere Arbeitnehmer bis zur Regelaltersgrenze im Job.
Seite 8

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend

Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther

Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland



Investitionen

Die schwächer werdende Weltwirtschaft wird der Investitionstätigkeit vorübergehend einen Dämpfer verpassen. Auch die anhaltende Diskussion über die Staatsschulden und deren Auswirkungen auf den Bankensektor dämpfen das Engagement der Unternehmen.

Aufgrund des sehr starken ersten Halbjahres 2011 wird für das Gesamtjahr 2011 bei den realen Ausrustungsinvestitionen ein Plus von 9 Prozent gegenüber dem Vorjahr erwartet. Im kommenden Jahr dürfte dann aber nur noch eine 3 vor dem Komma stehen.

Auch die Bauwirtschaft muss einen Gang zurückschalten:

Für 2011 wird mit einem Zuwachs der realen Bauinvestitionen von knapp

5½ Prozent gerechnet. Im kommenden Jahr werden es voraussichtlich 2 Prozent sein.

Vor allem der Wohnungsbau wird nach einer Phase starken Wachstums zurückgehen und die öffentliche Bautätigkeit wegen des auslaufenden Konjunkturprogramms nachlassen.

Arbeitsmarkt

Der Fachkräftemangel treibt viele Unternehmen um, sodass im Jahr 2011 eine konstant hohe Arbeitskräftenachfrage verzeichnet werden kann. Im Jahresschnitt 2012 gibt es wohl sogar mehr als 41 Millionen Erwerbstätige. Das heißt auch:

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird 2012 auf jahresdurchschnittlich rund 2,8 Millionen zurückgehen.

Privater Konsum

Die Verbraucher sind in diesem Jahr eine starke Stütze der Konjunktur. Allerdings verzeichnet der private Konsum trotz der sehr guten Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung im Jahr 2011 nur ein Plus von 1¼ Prozent – die Menschen sparen und die Inflation zehrt einen Teil der Kaufkraft auf.

Im kommenden Jahr steigen die realen Konsumausgaben zwar nur um knapp 1 Prozent. Doch auch die Teuerungsrate wird wegen der nachlassenden Konjunktur zurückgehen.

Staatsfinanzen

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen schreitet voran. Im Jahr 2011 wird das öffentliche Haushaltsdefizit nur noch rund 27 Milliarden Euro betragen. Damit kann die Defizitquote um mehr als 3 Prozentpunkte auf gut 1 Prozent des BIP gedrückt werden. Im Jahr 2012 wird das Defizit noch weiter abgebaut:

Mit einem Fehlbetrag von knapp 7 Milliarden Euro und einer Defizitquote von ½ Prozent des BIP ist der Haushalt 2012 nahezu ausgeglichen.

Die Einnahmen aus der Lohn- und der Mehrwertsteuer sowie den Sozialversicherungsbeiträgen steigen deutlich und die Sozialversicherungen werden sogar mit teils deutlichen Überschüssen abschneiden. Bei den Gebietskörperschaften sind jedoch noch nicht alle Konsolidierungsaufgaben erledigt.

IW-Prognose für 2011 und 2012

Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2010	2011	2012
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätigkeit	0,5	1 ¼	1/2
Arbeitslosenquote	7,7	6 ¾	6 ¼
Arbeitsvolumen	2,3	2	1/2
Produktivität	1,4	1	1
Bruttoinlandsprodukt	3,7	3	1 ¼
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	0,6	1 ¼	1
Konsumausgaben des Staates	1,7	1	1
Anlageinvestitionen	5,5	6 ¾	2 ½
– Ausrüstungen	10,5	9	3
– Sonstige Anlagen	4,7	4 ½	4 ½
– Bauten	2,2	5 ½	2
Inlandsnachfrage	2,4	2 ½	1 ¼
Export	13,7	8	3
Import	11,7	7 ½	3
Bruttoinlandsprodukt	3,7	3	1 ¼
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,1	2 ¼	2
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	-4,3	-1	-1/2

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts; Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln



IW-Trends
Nr. 3/2011

IW-Forschungsgruppe Konjunktur:
Keine Rezession in Deutschland trotz hoher Unsicherheit – IW-Konjunkturprognose Herbst 2011

www.iwkoeln.de/trends

Riskante Abhängigkeit

Erdöl. In einigen Mitgliedsstaaten der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) stammen über 90 Prozent der Exporterlöse aus dem Verkauf des schwarzen Goldes. Doch die Vorräte sind nicht unbegrenzt. Und auch die neuen Strategien der Industrienationen, ihre Abhängigkeit von Erdölimporten zu verringern, könnten die Ölstaaten in Bedrängnis bringen.

Nach Beginn der Unruhen in Nordafrika im Dezember 2010 stieg der Ölpreis von rund 90 Dollar pro Barrel auf deutlich über 120 Dollar. Aktuell kostet ein Fass der Sorte Brent rund 109 Dollar. Solche Preisschwankungen machen Ländern, deren Wirtschaft auf Öl angewiesen ist, das Leben schwer.

Die größten Erdölimporteure weltweit sind derzeit neben den Industrieländern aufstrebende Nationen wie China und Indien. Sie eint eines: der Wille, von den OPEC-

Staaten unabhängig zu werden. Immer mehr Nationen erschließen daher eigene Rohstoffquellen, verbessern ihre Energieeffizienz und investieren in alternative Energiequellen wie Wind- und Sonnenkraft.

Den erdölimportierenden Ländern ist es gelungen, den Anteil des Öls an ihrer Stromerzeugung von knapp 25 Prozent im Jahr 1973 auf aktuell weniger als 6 Prozent zu drücken.

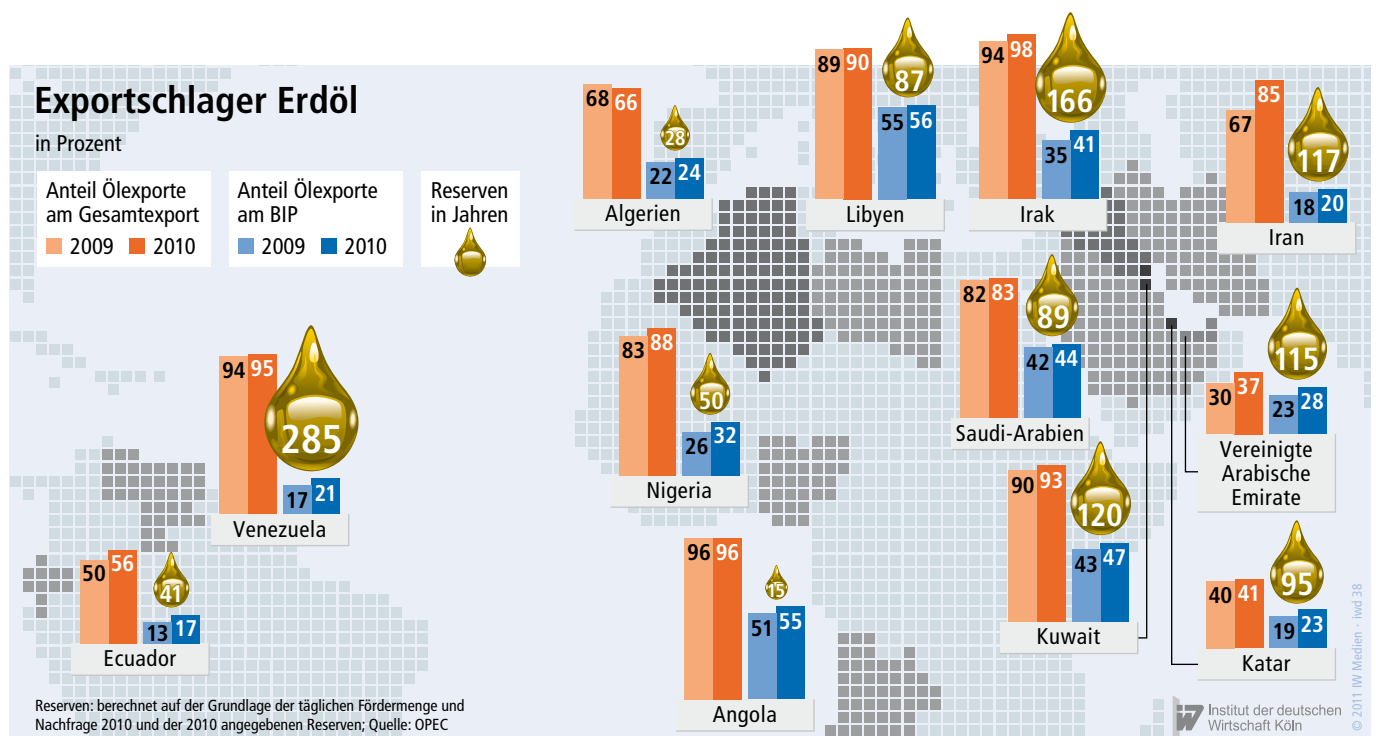
Für die erdölexportierenden Staaten sind das natürlich keine guten Zahlen. Viele sind auf die Einnahmen aus dem Ölgeschäft angewiesen (Grafik):

So werden in Libyen, Angola und Kuwait 90 Prozent und mehr der Exporterlöse mit Erdöl erwirtschaftet.


Das schwarze Gold trägt zudem rund die Hälfte zum Bruttoinlandsprodukt dieser Länder bei – ohne den Öllexport könnten sie einen Großteil ihrer Importe und ihres Konsums nicht mehr finanzieren.

Ein weiteres Problem: Ewig wird das Öl nicht sprudeln. Werden keine neuen Vorkommen entdeckt, versiegen beispielsweise Angolas Quellen bereits in 15 Jahren. Auch das politisch gerade sehr instabile Libyen wird mittelfristig auf andere Einnahmen zurückgreifen müssen.

Einige OPEC-Staaten wappnen sich bereits für das Post-Öl-Zeitalter. Die Vereinigten Arabischen Emirate oder Katar investieren ihre Erlöse aus dem Ölgeschäft in die Infrastruktur. Künftig sollen Tourismus, Handel und Finanzdienstleistungen den Wohlstand erhalten. Algerien dagegen setzt auf Produktionsanlagen für Solarkraftwerke. Auch die anderen OPEC-Staaten müssen über kurz oder lang Alternativen finden. Zumindest, wenn „wir nicht wieder zurück auf unsere Kamele steigen“ wollen, wie es der Staatschef von Katar, Scheich Hamad bin Chalifa Al Thani, einmal ausgedrückt hat.



Alle Türen offen

Bachelor-Absolventen. Was können die neuen Studienabgänger? Offensichtlich eine ganze Menge, denn im Großen und Ganzen sind Unternehmen, die Bachelors beschäftigen, mit deren Fähigkeiten zufrieden. Und selbst wenn sich die Betriebe über mangelnde Kompetenzen des akademischen Nachwuchses beklagen – an deren Gehalt und Aufstiegschancen ändert das nichts. 

Die Anforderungen sind klar: Unternehmen wünschen sich vor allem, dass die Absolventen der Bachelor-Studiengänge in der Lage sind, sich rasch in neue Fachgebiete einzuarbeiten und ihr Wissen auf neue Problemstellungen anzuwenden – und das möglichst selbstständig. Auch Sozialkompetenzen wie Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit setzt der Großteil der Arbeitgeber bei den jungen Studienabsolventen voraus. Spezielles Fachwissen oder die Kenntnis wissenschaftlicher Me-

thoden sind dagegen nicht ganz so wichtig, wie eine Befragung von rund 1.500 Unternehmen durch die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH zeigt.

Nicht alle Hochschulabsolventen entsprechen allerdings dem Wunschprofil der Unternehmen (Grafik):

Die Hälfte der befragten Unternehmen gibt an, dass sie mit der Fähigkeit der Bachelor-Absolventen, sich in neue Fachgebiete einzuarbeiten, nicht hundertprozentig zufrieden ist.

Ein Zehntel der Betriebe sieht hier sogar sehr große Lücken. Dagegen finden 40 Prozent der Unternehmen, dass die Bachelors diese Erwartungen voll und ganz erfüllen und in der Lage sind, sich schnell in neue Sachverhalte einzuarbeiten.

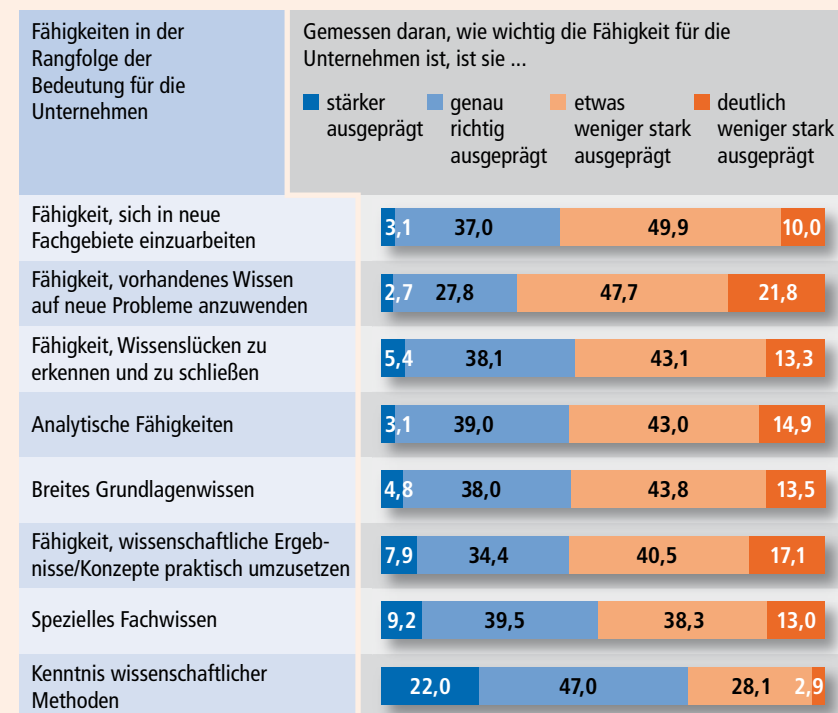
Etwas ungünstiger fällt das Urteil der Firmen in Bezug auf die zweitwichtigste Kompetenz aus: der Fähigkeit, mittels vorhandenen Wissens neue Probleme anzugehen und möglichst auch zu lösen. Gut jedes fünfte Unternehmen attestiert den Bachelors hier deutliche Diskrepanzen; nur rund 30 Prozent der Betriebe sehen ihre Anforderungen uneingeschränkt erfüllt.

Ein uneinheitliches Meinungsbild gibt es bezüglich der analytischen Fähigkeiten der Bachelors. Während für rund 40 Prozent der Unternehmen hier Anspruch und Realität in Einklang miteinander stehen, sind für genauso viele durchaus einige Mängel vorhanden. Weitere 15 Prozent stellen große Diskrepanzen fest.

Ebenfalls besser ausfallen könnten die Beurteilungen hinsichtlich der sozialen Kompetenzen. Am besten ist aus Unternehmenssicht noch die Kooperationsfähigkeit der Bachelors ausgeprägt, am schlechtesten schneidet der Nachwuchs bei der Problemlösungsfähigkeit ab.

Bachelor: Nicht alle Erwartungen erfüllt

Die Unternehmen mit Bachelor-Absolventen beurteilen deren Fähigkeiten wie folgt, in Prozent



Befragung von 517 Unternehmen im Rahmen der IW-Personaltrends 2010
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln



IW-Trends
Nr. 3/2011

Christiane Konegen-Grenier, Beate Placke, Oliver Stettes: Bewertung der Kompetenzen von Bachelorabsolventen und personalwirtschaftliche Konsequenzen der Unternehmen
www.iwkoeln.de/trends

All das klingt zwiespältig – Grund zur Aufregung gibt es allerdings nicht. Denn die festgestellten Defizite sind kein neues Phänomen:

In früheren Unternehmensbefragungen zeigte sich, dass auch Diplom-Absolventen Mühe hatten, Theorie und Praxis nahtlos miteinander zu verknüpfen.

Dennoch ist in den Betrieben der Einarbeitungsbedarf bei den Bachelors häufig höher als bei den Diplomanden. Von den Unternehmen, deren Erwartungen in puncto Fachkompetenzen enttäuscht wurden, stellen immerhin fast 40 Prozent fest, dass die Bachelors deutlich mehr Einstiegshilfen benötigen als die bisherigen Diplom-Absolventen.

Gleichwohl brauchen sich die Bachelors nicht zu grämen: Trotz des Mehraufwands, den die Unternehmen vielfach durch sie haben, wirkt sich dies nicht negativ auf ihr Einkommen aus (Grafik).

Die Hälfte der Bachelor-Ingenieure erhält laut Unternehmensangaben ein Einstiegsgehalt zwischen 30.000 und 40.000 Euro, 40 Prozent kommen sogar auf ein Jahressalär zwischen 40.000 und 50.000 Euro.

Auch Betriebe, die tendenziell unzufrieden mit ihren Bachelors sind, weichen von diesem Gehaltsgefüge nicht ab – ein Befund, der übrigens auch auf Bachelor-Absolventen mit wirtschaftswissenschaftlichem Hintergrund zutrifft.

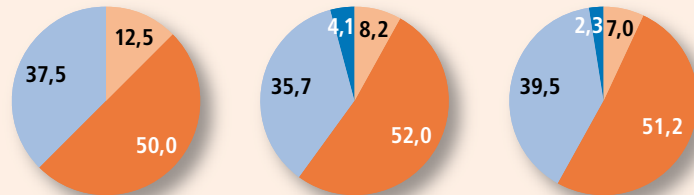
Doch nicht nur in Sachen Gehalt, auch hinsichtlich der Einstiegspositionen können die Bachelors entspannt in die Zukunft blicken. Selbst wenn ihre Leistungen noch nicht in allen Punkten als zufriedenstellend angesehen werden, brauchen sie keine Nachteile zu befürchten. Denn unabhängig von der Leistungsbewertung starten die Bachelors – wie ihre

Wie viel ein Bachelor verdient

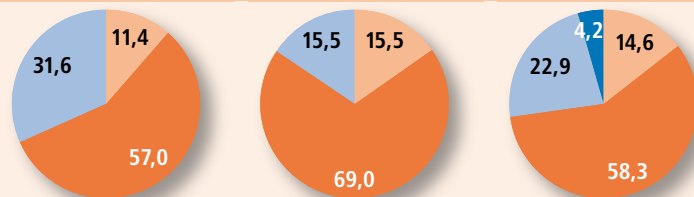
Durchschnittliches Einstiegsgehalt eines Bachelorabsolventen, in Prozent

■ bis 30.000 Euro
 ■ 30.000 bis 40.000 Euro
 ■ 40.000 bis 50.000 Euro
 ■ 50.000 Euro und mehr

Absolventen mit technischer Fachrichtung



Absolventen mit wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtung



Befragung von 226 Unternehmen, die Bachelor technischer Fachrichtungen beschäftigen, sowie 306 Unternehmen, die Bachelor wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtungen beschäftigen, im Rahmen der IW-Personaltrends 2010; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwtd 38

Kollegen mit Master- oder Diplomabschluss – in den meisten Unternehmen als Sachbearbeiter oder Projektmitarbeiter ins Berufsleben.

Und auch die Karriere ist nach oben offen: Bachelor-Absolventen können laut Firmenbefragung zum Projektleiter, Bereichsleiter, Abteilungsleiter oder Fachgebietsleiter aufsteigen – und zwar unabhängig davon, ob sie beim Berufseinstieg noch Defizite hatten oder nicht.

Dass die Unternehmen den Absolventen der neuen Studiengänge eine gewisse Entwicklungszeit einräumen, mag bei den jungen Ingenieuren bereits auf den Fachkräftemangel zurückzuführen sein; denkbar ist aber auch, dass Arbeitgeber schlicht und einfach das Entwicklungspotenzial der Berufseinsteiger höher bewerten als deren Kenntnisstand unmittelbar nach dem Studium.

Von Bologna zum Beruf

Die Umstellung auf die neuen Bachelor- und Masterabschlüsse – eines der maßgeblichen Ziele der Bologna-Reform – ist in Deutschland nahezu abgeschlossen: In neun von zehn Studiengängen haben Bachelor und Master die alten Titel abgelöst.

Meist bleiben die Bachelor-Absolventen jedoch an der Hochschule, obwohl der Abschluss als berufsqualifizierend gilt: An den Fachhochschulen nehmen im Schnitt 54 Prozent der Bachelors ein Jahr nach der Prüfung ein Masterstudium auf, an den Universitäten sind es sogar 77 Prozent.

Ungeachtet der Scheu vor einem direkten Berufseinstieg beschäftigen mittlerweile 13 Prozent der Unternehmen in Deutschland Bachelors. Von den größeren Unternehmen haben sogar zwei Drittel Bachelor eingestellt. Zum Vergleich: Master-Absolventen finden sich in 7 Prozent der Unternehmen, Diplom-Akademiker in 48 Prozent.

Krankheit kennt keine Konjunktur

Entgeltfortzahlung. Beinahe unberührt vom Auf und Ab der Konjunktur sind in den vergangenen fünf Jahren die Kosten der Arbeitgeber für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall gestiegen – zuletzt auf gut 35 Milliarden Euro im Jahr. Davon entfiel etwa ein Sechstel allein auf den Arbeitgeberanteil für die Sozialversicherungsbeiträge.

Wer seinem Chef ein ärztliches Attest vorlegt, ist zumindest finanziell gut versorgt. Denn der Arbeitgeber zahlt das Gehalt auch im Krankheitsfall weiter, solange der Beschäftigte nicht länger als sechs Wochen ausfällt. In den vergangenen Jahren mussten Unternehmen in Deutschland dafür immer tiefer in die Tasche greifen (Grafik):

Die Aufwendungen der Arbeitgeber für die Entgeltfortzahlung sind seit 2006 kontinuierlich von 29,9 auf 35,1 Milliarden Euro im vergangenen Jahr gestiegen.

Diese Entwicklung hat unterschiedliche Gründe:

- Zwischen 2006 und 2010 legte die Zahl der sozialversicherungspflichtig

Beschäftigten um rund 1,3 Millionen auf 27,7 Millionen zu.

- Im vergangenen Jahr fielen im Schnitt 3,7 Prozent der Arbeitnehmer wegen Krankheit aus; 2007 waren es 3,2 Prozent.
- Außerdem sorgen Gehaltssteigerungen dafür, dass die Arbeitgeber auch im Krankheitsfall höhere Ausgaben zu schultern haben.
- Potenziell entlastend wirkt dagegen, dass der Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungsbeiträgen seit 2006 um 1,2 Prozentpunkte auf 19,3 Prozent im Jahr 2009 gesunken ist. Allerdings mussten die Lohnbüros zuletzt mit gut 19,7 Prozent wieder mehr Geld an Rentenkasse, Gesundheitsfonds und Co. überweisen – auch während der Entgeltfortzahlung. Zusätzlich leisten sie Beiträge an die gesetzliche Unfallversicherung (vgl. iwD 25/2011).

Im vergangenen Jahr zahlten die Arbeitgeber für ihre erkrankten Mitarbeiter mehr als 5,4 Milliarden Euro an die Sozialversicherungskassen – das ist etwa ein Sechstel ihrer Gesamtaufwendungen für die Entgeltfortzahlung.

Belastung für Betriebe

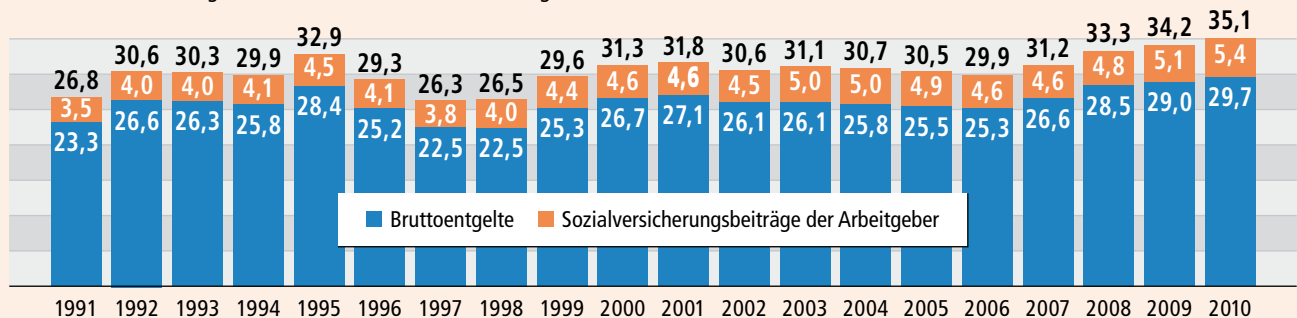
Wie viel einem Unternehmen verloren geht, wenn ein Beschäftigter krank wird, lässt sich nicht so einfach sagen. Die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall zeigt nur die direkten Aufwendungen. Zudem besteht die Gefahr, dass durch die Krankmeldung eines Mitarbeiters die Arbeit ins Stocken gerät – weil der Kranke nicht voll ersetzt werden kann. Deshalb lässt sich der krankheitsbedingte Produktionsausfall nicht einfach mit der durchschnittlichen Wertschöpfung hochrechnen.

In der Öffentlichkeit wird immer wieder gemutmaßt, die Konjunktur habe Einfluss auf den Krankenstand und die Entgeltfortzahlung. Gerade in der Rezession sorge die Angst vor einem Jobverlust dafür, dass selbst kranke Arbeitnehmer lieber weiter zur Arbeit als zum Arzt gingen.

Diese These lässt sich allerdings für die vergangenen Jahre nicht bestätigen. Seit – dem wirtschaftlich guten Jahr – 2006 klettert der Krankenstand kontinuierlich. Selbst in der Wirtschaftskrise 2009 hielt dieser Trend an.

Entgeltfortzahlung: So viel wie nie

So viele Milliarden Euro gaben Unternehmen für die Fortzahlung von Löhnen und Gehältern im Krankheitsfall aus



Entgeltfortzahlung: einschließlich des gesetzlichen Mutterschaftsurlaubs; Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber: einschließlich der gesetzlichen Unfallversicherung; 2009: vorläufig; 2010: Schätzung; Ursprungsdaten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Deutsche Rentenversicherung

Durch Anerkennung zum Job

Ausländische Abschlüsse. Wenn Zuwanderer einen qualifizierten Job in der Bundesrepublik finden wollen, müssen sie ihrem potenziellen Arbeitgeber den Wert ihres Berufsabschlusses nachweisen. Bei der Einstufung der ausländischen Abschlüsse hilft jetzt das „BQ-Portal – das Informationsportal für ausländische Berufsqualifikationen“.

Derzeit leben in der Bundesrepublik mehr als zwei Millionen Menschen ausländischer Herkunft, die ihre berufliche Aus- oder Weiterbildung noch vor ihrer Einwanderung absolviert haben. Für viele von ihnen wären die Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt eigentlich gut, haben sie doch Abschlüsse in gefragten Berufen mitgebracht – etwa als Techniker, Handwerker oder in der Medizin (Grafik):

Allein etwa 130.000 polnische Migranten können eine Berufsausbildung im Ingenieurwesen vorweisen.

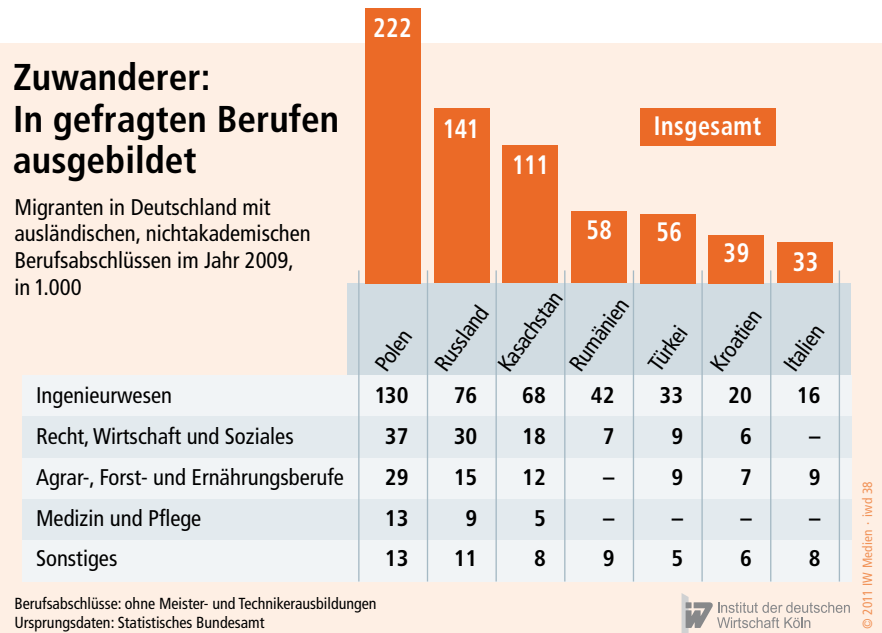
Dennoch arbeiten die Migranten nur selten in ihrem erlernten Beruf – sogar wenn sie einen Hochschulabschluss haben. Das gilt zum Beispiel für höchstens 30 Prozent der akademisch ausgebildeten Ingenieure.

Diese Vergeudung von Talent und Wissen hängt damit zusammen, dass ausländische Abschlüsse in Deutschland oft nicht anerkannt werden – bislang haben die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern nur bei 15 Prozent der sogenannten Bildungsausländer deren Abschluss als gleichwertig mit der entsprechenden deutschen Qualifikation eingestuft.

Ein Grund hierfür: Die meisten Zuwanderer haben keinen Rechtsan-

Zuwanderer: In gefragten Berufen ausgebildet

Migranten in Deutschland mit ausländischen, nichtakademischen Berufsabschlüssen im Jahr 2009, in 1.000



spruch auf eine Bewertung ihrer Qualifikation. Den zuständigen Stellen fehlen aber auch fundierte Informationen, um die ausländischen Abschlüsse richtig einordnen zu können. Ein neues Internetportal soll dieses Informationsdefizit beseitigen

(Kasten). Zudem plant die Bundesregierung für das nächste Jahr ein Gesetz, wonach alle Gruppen von Zuwanderern in Deutschland einen Anspruch auf eine formelle Bewertung ihrer beruflichen Abschlüsse bekommen sollen.

Neues Informationsportal

Unter dem Titel „BQ-Portal – das Informationsportal für ausländische Berufsqualifikationen“ finden all jene, die mit der Anerkennung ausländischer Abschlüsse zu tun haben, seit dem 14. September 2011 wichtige Informationen. Dazu zählen Beschreibungen von Berufsbildungssystemen, Aus- und Weiterbildungsgängen, Gesetzesgrundlagen und Adressen der zuständigen Stellen im In- und Ausland.

Insbesondere die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern – sie sind für die Bewertung ausländischer Berufsabschlüsse verantwortlich – finden auf der Plattform die erforderlichen Daten sowie praktische Orientierungshilfen zur Feststellung der Gleichwertigkeit zwischen deutschen und ausländischen Abschlüssen für ihre Bewertungsverfahren.

Den Arbeitgebern hilft das Portal, die berufliche Qualifikation ausländischer Bewerber besser einzuordnen. Zugewanderte Arbeitskräfte können sich ein Bild davon machen, wie ihre Berufsabschlüsse im deutschen Bildungssystem in etwa eingestuft werden und an welche Stelle sie sich wenden müssen.

Auf- und ausgebaut wird das Portal federführend durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln in Kooperation mit der Kommunikations- und Strategieberatung IFOK und der Jinit[AG für Digitale Kommunikation. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie fördert das Projekt.

Weitere Informationen unter: www.bq-portal.de

Runter vom Abstellgleis

Arbeitsmarkt. Vor zehn Jahren galt die Generation 50plus noch als Problemgruppe auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Mittlerweile sind jedoch immer weniger Ältere arbeitslos und gehen seltener vorzeitig in Rente.

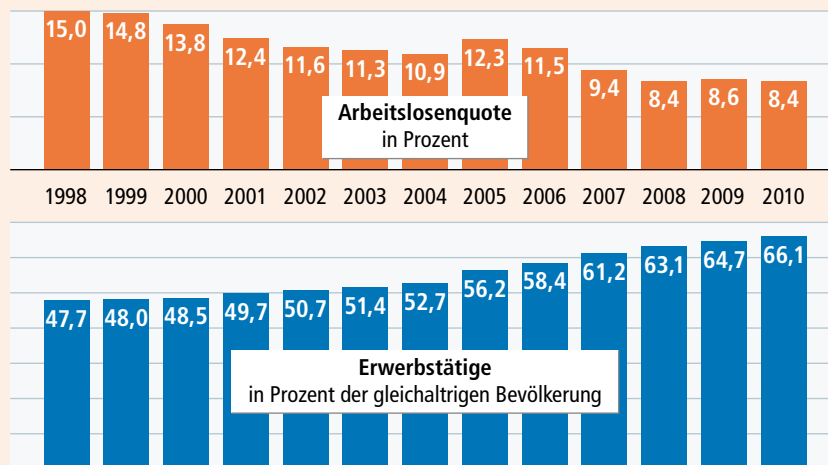
Es ist noch gar nicht allzu lange her, da galt der deutsche Arbeitsmarkt als so unflexibel, dass sich insbesondere viele ältere Arbeitslose erst gar nicht um einen neuen Job bemühten. Stattdessen verabschiedeten sie sich – häufig unterstützt von der Politik – in den vorgezogenen Ruhestand.

Eine Wende führten die Rentenreformen der 1990er Jahre herbei. Damals wurden zum Beispiel das Rentenalter für Frauen angehoben und höhere Abschläge beim vorzeitigen Renteneintritt eingeführt. Frischen Wind in den Arbeitsmarkt brachten außerdem die zwischen 2003 und 2005 eingeführten Reformen der Agenda 2010.

Adressaufkleber

Immer mehr Ältere arbeiten

Personen von 50 bis unter 65 Jahre



Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 38

Anders als von vielen Skeptikern befürchtet, hat die Arbeitslosigkeit älterer Menschen dadurch nicht zugenommen, sondern ist im Gegenteil drastisch zurückgegangen (Grafik). Zwar sank auch die Arbeitslosigkeit in Deutschland insgesamt, doch der Rückgang bei den Älteren war überproportional:

Im Jahr 1998 lag die Arbeitslosenquote der über 50-Jährigen 35 Prozent über dem gesamtwirtschaftlichen Schnitt – 2010 waren es nur noch 9 Prozent.

Gleichzeitig stieg der Anteil der Erwerbstätigen an der gleichaltrigen Bevölkerung und immer weniger Ältere zogen sich vom Arbeitsmarkt zurück. So sank die Zahl der Per-

sonen in vorruhestandsähnlichen Maßnahmen von über 1 Million auf rund 400.000.

Befürchtungen, die Alten müssten sich nun, da die Option des vorgezogenen Ruhestands unattraktiv geworden ist, mit prekären Jobs bis zur Regelaltersgrenze durchschlagen, können ebenfalls zerstreut werden.

Seit 1999 ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen der Altersgruppe 50plus um 3 Prozentpunkte auf fast 70 Prozent gestiegen.

Das entspricht einem Zuwachs von gut 2 Millionen Beschäftigten. Dagegen wuchs die Zahl der älteren ausschließlich geringfügig Beschäftigten lediglich um 200.000.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich),
Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,
Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwd wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.